

# Rundbrief

Nr. 19 / September 2009



Arbeitsstelle  
Frieden und  
Abrüstung

## **Anschrift**

Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung e.V.  
Kopenhagener Straße 71, 10437 Berlin

## **Kontakt**

Telefon: 030.440 130 28  
Telefax: 030.440 130 29  
info@asfrab.de  
www.asfrab.de

## **Bürozeiten**

Mo-Fr 10-18 Uhr

29. September 2009

### **Liebe Freundinnen und Freunde,**

mit unseren Rundbriefen berichten wir über Aktuelles aus der Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung, zuletzt im Juni 2009. Was es seitdem Neues gibt, lest Ihr nun hier.

Viele Freude beim Lesen und Surfen wünscht mit friedlichen Grüßen

Euer *asfrab*-Team

### **In eigener Sache:**

Bitte teilt uns mit, wenn sich E-Mail- und Postadressen ändern, gern über **info@asfrab.de**

Auch wer diesen Rundbrief nur noch elektronisch möchte, möge dies uns bitte mitteilen. Danke! ◀

**Inhalt:** Aktuelles vom Bundesverfassungsgericht · Parteien nach der Wahl · Antiwehrpflichtpetition · Befristete Fördermitgliedschaft · Projekt Bundeswehr-Monitoring · Aufruf für US-Deserteur

### **Aktuelles vom Bundesverfassungsgericht**

Das Bundesverfassungsgericht hält am Wehrpflicht-Sonderrecht fest. Am 22. Juli diesen Jahres hat es eine Richtervorlage des Kölner Verwaltungsgerichts vom Dezember 2008, die Wehrpflicht sei angesichts der Wehrungerechtigkeit grundgesetzwidrig, als unzulässig abgewiesen. Der Vorlagenbeschluss genüge den Anforderungen nicht, da das Kölner Verwaltungsgericht seine Entscheidung "lediglich pauschal und unzureichend" begründet habe. Nach Auffassung des Verwaltungsgerichts könne nicht mehr von der grundgesetzlichen Norm der Pflichtgleichheit gesprochen werden, "wenn nur noch eine Minderheit Dienst leistet und der Rest gesetzlich von der Dienstleistung befreit ist". Das Bundesverfassungsgericht setzt mit seinem Abweisungsbeschluss seine Rechtsauffassung fort, der "allgemeinen Wehrpflicht" eine verfassungsrechtliche Sonderstellung zu gewähren. In der Wehrpflichtwillkür sieht das Bundesverfassungsgericht offensichtlich keinen Verstoß gegen Artikel 3 des Grundgesetzes, wonach "alle Menschen vor dem Gesetz gleich" sind. Und dies angesichts objektiver Zahlen, die das Gegenteil belegen: ohne Dienst 60 %, Wehrdienst 16 %, Zivildienst und andere Ersatzdienste 19 %,

Katastrophenschutz, Polizei oder Zeitsoldaten 5 % (bezogen auf Wehrpflichtige Jahrgang 1985). Mit diesem Beschluss hat das Bundesverfassungsgericht einmal mehr deutlich gemacht, dass die Aufrechterhaltung, die Aussetzung oder Abschaffung der Wehrpflicht keine juristische, sondern eine politische Entscheidung ist.

### **Übrigens:**

In unserer Rubrik „Wehrpflichtinfos - Aktuelles <http://www.asfrab.de/wehrpflichtinfos/aktuelles.html> findet man immer wieder Neuigkeiten zu Wehrpflichtfragen, also ruhig öfter mal reinschauen! Ebenso gibt es immer wieder brisante News in unserer Bundeswehrchronik, die sich in der Rubrik "Publikationen" befindet. Und wir haben natürlich absolut nichts dagegen, wenn Ihr Nicht- oder Noch-Nicht-Mitglieder auf die Möglichkeit aufmerksam macht, unsere Newsletter zu bestellen, um auf Publikationen und interessante News hingewiesen zu werden. (Mitglieder werden sowieso informiert.)

### **Parteien nach der Wahl**

Auf unserer Homepage gibt es zwar keinen interaktiven „Wahl-O-Mat“, dafür aber eine Zusammenfassung „Parteien zur Wehrpflicht“. Diese Übersicht bleibt auch nach der Wahl bestehen.

Die neue Bundesregierung aus CDU/CSU und der FDP verheißt friedenspolitisch nichts Gutes. Zwischen den drei Parteien gibt es einen weitgehenden Konsens über die derzeit laufenden Einsätze der Bundeswehr im Ausland – kein Ab- oder Rückzug der Truppen aus Afghanistan, Ja zur Pirateriebekämpfung mit kriegerischen Mitteln und Kritik an der vermeintlichen Unterfinanzierung der Bundeswehr. Statt Abrüstung droht forcierte Aufrüstung und weitere Intensivierung der Remilitarisierung der bundesdeutschen Außenpolitik.

Einzig in der Frage der Wehrpflicht gibt es zwischen der Union und der FDP unterschiedliche Positionen. Die CDU will am bestehenden System nichts Grundsätzliches ändern, die CSU ist für eine Ausweitung der Kriegsdienstpflicht zu einer allgemeinen Dienstpflicht, und die FDP zog in den Wahlkampf mit der Aussage: "Die Wehrpflicht ist nicht mehr zu begründen (...) Sie muss schnellstens ausgesetzt

werden.“ Na dann... Zu befürchten ist bei den jetzt anstehenden Koalitionsgesprächen der klassische Kompromiss: Es bleibt alles beim alten.

Fazit: Vier weitere Jahre Militarisationpolitik stehen uns bevor. Aber auch vier spannende Jahre außenparlamentarischer Politik.

### **Antiwehrpflichtpetition - umstritten, aber unterstützt**

Die Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung unterstützt die Petition "Wehrpflicht aussetzen, Freiwilligendienste stärken", die an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages gerichtet ist.

Die Petition macht ausführlich auf die Verfehltheit des Wehrpflicht-Systems aufmerksam. Ihr Initiator, Marco Penz, legt darin dar, dass und warum die Wehrpflicht sicherheitspolitisch überholt, volkswirtschaftlich unsinnig und zutiefst willkürlich ist, insgesamt also eine Menge guter Gründe, sich endlich auch in Deutschland mit der Abschaffung der Wehrpflicht zu befassen! Marco Penz bittet auf seiner Homepage (<http://www.petition-wehrpflicht.de/>) um Unterstützung. Die Petition soll als Sammelpetition Ende des Jahres dem Petitionsausschuss des Bundestages übergeben werden.

Als wir kurz vor den Sommerferien in einer Rundmail auf die Petition hinwies, gab es kritische Rückmeldungen von Mitgliedern. Auch wir sehen sie nicht unkritisch: So ist es aus unserer Sicht überflüssig, die Forderung nach Abschaffung der Wehrpflicht mit derjenigen nach einem "Freiwilligendienst" zu verknüpfen. Es ist nicht nötig, den Zwangsdienst mit einem "Freiwilligendienst" zu kompensieren. Zwar stünde es einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung gut an, die Bedingungen für freiwilliges zivilgesellschaftliches Engagement zu fördern. Das Freiwillige Soziale bzw. Ökologische Jahr (FSJ/FÖJ) sind hier richtige Ansätze. Es geht aber nicht darum, einen Zwangsdienst nur um des Dienens willen durch einen vergleichbaren Dienst zu ersetzen.

Einige Mitglieder von *asfrab* kritisierten auch, die Petition sei zu wenig radikal, nicht grundsätzlich genug in ihren Forderungen. Gründe dafür waren u.a. dass die Kriegsdienstpflicht die militärische Massenrekrutierung sichert. Dazu komme dann noch, dass Wehrpflichtige ihrer wesentlichen Grundrechte beraubt werden. Diese Argumente sind stichhaltig.

Trotzdem haben Vorstand und Büro sich entschlossen, die Petition zu unterstützen. Der entscheidende Grund: Unter menschenrechtlichen und friedenspolitischen Gesichtspunkten ist es dringend erforderlich, die Wehrpflicht abzuschaffen. Nach unserem Demokratieverständnis hat ein Staat nicht das Recht, die Bürger einer Pflicht zum Kriegsdienst zu unterwerfen. Zwangsdienste und die damit verbundenen tiefen Eingriffe in die Menschenrechte entwürdigen die BürgerInnen in ihrer freien Persönlichkeit. Es muss jedem und jeder freistehen, ob und in welcher Weise sie oder er an einem Krieg mitwirken will oder eben nicht. Die Abschaffung, sogar schon die Aussetzung der Wehrpflicht ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Und diese Petition

kann öffentlichkeitswirksam dazu beitragen, dass Menschen überhaupt erst auf die Themen Wehrpflicht, Militär, Auslandseinsätze der Bundeswehr aufmerksam werden und sich eine Position dazu erarbeiten. Bei der Aussetzung der Wehrpflicht wollen wir nicht stehenbleiben - doch wer sich aus demokratischer Überzeugung dafür einsetzt, sollte unterstützt werden.

Weitere Anregungen, Meinungen, Kritik? Wir freuen uns darauf.

### **Befristete Fördermitgliedschaft**

Wer bei uns als Mitglied erst einmal schnuppern möchte, kann eine befristete Fördermitgliedschaft eingehen. Besonders interessant ist das für Menschen mit einem überschaubaren Wehrpflichtproblem, denen wir in dieser Zeit der Mitgliedschaft unkompliziert Hilfestellung leisten können.

Die befristete Fördermitgliedschaft ist also genau richtig für alle, die sich nicht auf lange Sicht binden möchten oder fürchten, dann als "Vereinsmeier" zu gelten. Letzteres trifft natürlich ohnehin nicht zu: Wir freuen uns über Meinungen, Kritik und Mitwirkung; langweilige Sitzungen in Hinterzimmern von Vereinslokalen gibt es nicht. Wir freuen uns, dass viele Mitglieder von *asfrab e.V.* uns dauerhaft verbunden sind und auf die eine oder andere Art unterstützen.

Eine befristete Fördermitgliedschaft endet nach zwei Monaten automatisch. Der Förderbeitrag in dieser Form der Mitgliedschaft beträgt 10,-€ pro Monat. Erzählt auch anderen von uns und verlinkt zu unserer Website!

### **Projekt Bundeswehr Monitoring**

Augenblicklich landet, wer <http://www.bundeswehr-monitoring.de/> eingibt, noch auf der Website von *asfrab*. Doch unser Projekt ist in die entscheidende Phase eingetreten - bald werdet Ihr auf diesen Seiten im Internet laufend aktualisierte Nachrichten über wichtige Bundeswehr-Themen finden, wie Wehrpflicht, Rüstung, Auslandseinsätze. Die Seite wird informativ, knapp und sachlich berichten - immer unter Bezug auf konkrete Quellen. Über den offiziellen Launch informieren wir selbstverständlich rechtzeitig.

### **Aufruf:**

#### **US-Deserteur André Shepherd braucht Asyl !**

Über 100 Gruppen und Organisationen forderten zum Antikriegstag 2009 am 1. September die Bundesregierung auf, André Shepherd Asyl zu gewähren und generell Verweigerer und Verweigerinnen zu schützen, die sich den Verbrechen der Kriege entziehen und flüchten. Die Arbeitsstelle hat diesen Aufruf unterstützt: <http://www.asfrab.de/die-arbeitsstelle/vernetzung.html>

Der US-Deserteur André Shepherd hatte im November 2008 in Deutschland Asyl beantragt. Eine Entscheidung des Bundesamtes für Migration steht aus.

---

V.i.S.d.P. für diesen Rundbrief: Michael Behrendt